



SCHWEIZERISCHE DELEGATION

Postscheckkonto DM-West: Berlin-West Nr. 306 00
Telegramm-Adresse: Schweizdelegat Berlin

SPRECHSTUNDEN 9.30-13 Uhr
AUSSER MITTWOCHS UND SONNABENDS

A / be

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen

Politischer BriefDie Genfer Konferenzsituation
aus Berliner Sicht

fait le
12.6.59 e

RD
11 VI
WR

BERLIN NW 40, den 4. Juni 1959
FORST-BISMARCK-STRASSE 4
TELEFON: 39 53 21
acc réception sup

an	RD						
Datum	12.6.						12.6.
Vire	11						11
EPD		12. Juni 59					
Ref.		1. B. 21. 81. Berlin					
		1. B. 75. 1. 3.					

Herr Minister,

Ich war heute in kleinem Kreise mit dem Regierenden Bürgermeister Willy Brandt zusammen und halte aus den Gesprächen einige Aeusserungen dieses prominentesten Sprechers Berlins zur Konferenzlage fest:

Brandt erklärt, dass auch nach den ihm vorliegenden Berichten in der Berlinfrage keine wesentliche Annäherung unter den vier Delegationen zu beobachten sei. Immerhin scheine Gromyko mit seinen Vorschlägen auf symbolische Fortführung der "Besetzung" Westberlins durch die vier Mächte oder durch neutrale Truppen das frühere Postulat der "Entmilitarisierung" dieser Stadt praktisch aufgegeben zu haben. Zur Frage einer Begrenzung der Stärke dieser Kontingente habe er sich nicht zu äussern, doch sehe er in jeder solchen Festlegung das Risiko von Schikanen durch östliche Kontrollorgane. Man muss ihm in diesem Punkte beipflichten, wenn man sich der sowjetischen und ostdeutschen Praktiken in ähnlichen Situationen erinnert. Was die erörterte Reduktion der gegenwärtigen Bestände auf nurmehr symbolische Stärke betrifft, wies etwa

h/Up.

- 2 -

der französische Stadtkommandant im Gespräch darauf hin, dass seine Berliner Garnison schon heute nur als symbolisch gelten könne. Niemand ausser den Propagandisten aus der Gegenseite wird den gegenwärtigen alliierten Kontingenten in Berlin strategischen Wert zumessen, es sei denn jenen, der darin liegt, dass ein gegen sie gerichtetes kriegerisches Unternehmen von den Westmächten und ihren Verbündeten als Angriffshandlung gewertet werden und damit ihre Abwehr in Gang bringen müsste. Diese Funktion können natürlich nur Truppen der alliierten Mächte, nicht aber Kontingente der UNO oder neutraler Staaten versehen.

Ohne Kritik zu üben, liess Brandt im heutigen Gespräch dennoch durchblicken, dass man in Genf in der Reaktion des Westens auf die masslosen östlichen Vorwürfe zum Thema der Agententätigkeit in Westberlin vielleicht etwas zu zurückhaltend gewesen sei. Die auf diesem Gebiet in Ostberlin feststellbaren Umtriebe verhielten sich auf Grund von Untersuchungen des Senats zum Umfang der Geheimdiensttätigkeit in Westberlin wie 16 : 1. Im übrigen seien zwischenstaatliche Vereinbarungen über eine Reduktion der Tätigkeit von Agenten natürlich weitgehend illusorisch. Jedenfalls wäre den in Westberlin tätigen Diensten dieser Art grössere Zurückhaltung, besonders bei der Einvernahme von Flüchtlingen, nahezu legen. Unter keinen Umständen aber dürfte eine Aufgabe oder auch nur Einschränkung des freien Rechts zur Meinungsäusserung erfolgen. Uebrigens sei Gromyko nach den Brandt zugegangenen Meldungen vom Thema der Agententätigkeit in Westberlin in den letzten Tagen deutlich abgerückt.

- 3 -

- 3 -

Von entscheidender Bedeutung für Berlin ist es, dass die politischen und wirtschaftlichen Bindungen zur Bundesrepublik keine Beeinträchtigung erfahren. Was die Verbindungswege nach Westen betreffe, so liessen sich laut Brandt im Sinne der Formel von Selwyn Lloyd (Status quo mit Verbesserungen) einige Aenderungen erwägen, die beiden Seiten zugute kämen. Z. B. würde eine Plombierung der Lastwagen inklusive der Fahrerkabine das Bewilligungs- und Kontrollverfahren vereinfachen und die von Ostberlin erst kürzlich wieder polemisch behauptete Verwendung von Lastwagen-Chauffeuren im Agenteneinsatz ausschliessen. Auch könnte das gegenwärtige System der Gebührenentrichtung durch eine Pauschalleistung ersetzt werden. Vielleicht berücksichtigt Brandt bei diesen und ähnlichen Vorstellungen nicht genügend, dass das Zweckmässigkeitsdenken auf der andern Seite nicht die entscheidende Rolle spielt, sondern immer wieder hinter primitiven Erfordernissen der politischen Taktik zurücktreten muss. Man neigt bei einigen Westberliner Stellen, weniger aber bei der Bevölkerung, gelegentlich dazu, den Sowjets und ihren deutschen Marionetten Nützlichkeits- und Vernunftserwägungen nach westlicher Art zuzuschreiben, woraus dann bisweilen ein völlig falsch angebrachter und nicht ungefährlicher Optimismus mit Bezug auf das Deutschlandproblem entsteht. So stellt man etwa fest, dass die Sowjets die ihnen von der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung und vom Bevölkerungsdruck in China her drohenden Gefahren fürchteten und daher selbst das grösste Interesse an einer zuverlässigen und raschen Befriedung Europas hätten, wozu in

- 4 -

- 4 -

erster Linie die Lösung der deutschen Frage gehöre. Solche Meinungen zeigen, zu welchem riskantem Wunschdenken die Not der deutschen Trennung führt.

In der Frage der technischen Kontakte mit Ostberlin scheint Brandt nach wie vor recht weit gehen zu wollen. Er sprach davon, dass man beispielsweise die im Interzonenhandel bewährte Einrichtung einer Treuhandstelle auch für andere Funktionen vorsehen könnte, deren Notwendigkeit sich aus dem nachbarlichen Verhältnis ergebe. Darüber, was eine de facto Anerkennung sei, gingen die Meinungen auch bei den Alliierten ohnehin weit auseinander. Er schien damit sagen zu wollen, dass, von diesem Problem her betrachtet, genügend Spielraum für solche technische Fühlungnahme bestehe.

Die Stimmung in Westberlin sei nach dem 27. Mai deutlich entspannt, was indessen nicht heissen solle, dass keine Beunruhigung mehr zu verspüren sei. Das Interesse an den Genfer Verhandlungen ist in der Tat sehr gross. Auch Bevölkerungsteile, die für gewöhnlich andere Seiten ihrer Zeitung lesen, beispielsweise die Hausfrauen, verfolgen die Nachrichten aus Genf mit grosser Spannung, was bei der mangelnden Erfahrung dieser Leute und angesichts der Fülle der Nachrichten zu vorzeitigen Enttäuschungen und zur Unruhe führen kann.

Die Stimmung der Bewohner der DDR ist laut Brandt zum Teil verzweifelt. Der Westberliner Bürgermeister erhält Briefe aus der DDR, aus denen hervorgeht, dass sich viele Leute vom Westen verlassen oder gar verraten vorkommen. Zum Teil wird auch den Westberliner Stellen

- 5 -

- 5 -

der Vorwurf gemacht, über dem Berlin Problem sei die Not der Bevölkerung der Zone vergessen worden. Freilich dürfte andererseits auch ein grosser Teil der Bewohner der DDR einsehen, dass die Berlinfrage für sie wie für die Berliner selbst eine Schicksalsfrage bedeutet.

Ich versichere Sie, Herr Minister, meiner vorzüglichen Hochachtung.

DER CHEF DER SCHWEIZERISCHEN DELEGATION



Beilagen:

4 Briefkopien

Kopie geht an Herrn Botschafter Escher, Köln, zur gefl. Kenntnisnahme.